

Die Schatten des kommenden Bürgerkriegs: ausländische Jugendliche und Jugendbanden attackieren Deutsche

Ein Überfall eines vielfach vorbestraften Türken (Serkan A. – ein Intensivtäter mit 39 Einträgen im Polizeiregister) und Griechen auf einen deutschen Rentner Ende Dezember 2007 in einer Münchner S-Bahn-Station, der von den Überwachungskameras aufgezeichnet wurde und die ungeheure Brutalität zeigte, mit der der wehrlose Mann zusammengeschlagen wurde, dokumentiert das zunehmende Aggressionspotential nicht integrierter und aufgrund ihrer ungeheuren Zahl kaum integrierbarer Einwanderer. Daß diese ungeheuerliche Tat (dem Rentner wurde, offenbar mit der Absicht ihn zu töten, mehrfach und mit Anlauf gegen den Kopf getreten) ethnisch motiviert war und Haß auf Deutsche und Deutschland eine besondere Rolle gespielt haben, belegen die Äußerungen des türkischen Täters: „Scheiß Deutscher!“, „Du wirst gerade Zeuge, wie ich einen Deutschen umbringe“.

Was bislang keiner sagen durfte: Es gibt in Deutschland ein zunehmendes Gewaltproblem. Deutsche werden beleidigt, bedroht, geschlagen, getreten und zu Tode getrampelt. Die Täter kommen aus den Zuwanderermilieus und werden vom Haß auf Deutsche und Deutschland angetrieben. Die Integration ist eine Lüge; die Politiker, die für die Masseneinwanderung über Jahre verantwortlich waren, werden dies jedoch niemals zugeben, **denn:** mit dieser ist ihr eigenes Schicksal verknüpft.

Die Medien, die sonst laut interner und von der Politik beeinflussten Sprachregelungen nur über ethnisch motivierten Gewalttaten Deutscher („ausländerfeindliche Gewalt“) berichten dürfen (dies in großer Aufmachung und verknüpft mit politischen Forderungen), konnten diesmal nicht „dichthalten“: Das ausgestrahlte Video bewegte die Menschen und führte erstmals überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer Diskussion über inländerfeindliche bzw. anti-deutsche Gewalt **[Kyriophobie oder ein Haß gegen die Gastgebernation]** – dies jedoch zunächst nur weil der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) um seine Wiederwahl und die absolute Mehrheit fürchtet, denn im Bundesland Hessen, das einen besonders hohen Ausländeranteil aufweist, ist Ende Januar Landtagswahl.

Koch diktierte der BILD-Zeitung (Die BILD-Zeitung: das Flaggschiff des „Springer-Konzerns“, der sich gerne „konservativ“ gibt, in Wirklichkeit knallharte eigene Wirtschaftsinteressen verfolgt – jedoch ab und zu dem Volk „aufs Maul“ schauen muß – der Auflage wegen) verklausuliert, was eine Vielzahl aufmerksamer Deutscher ohnehin schon in völliger Klarheit und lange zuvor erkannt haben: Durch die ungebremste Einwanderung sind viele Ausländermilieus geschaffen worden, in denen Gesetzlosigkeit und der Hass auf Deutschland und Deutsche über Jahre gereift sind und sich nun Bahn brechen – eine Vorreiterrolle spielen dabei viele türkische und arabische Jugendliche, die vor allem in Gruppen deutsche Jugendliche und ältere Menschen attackieren. Koch, der mit dem Thema unter dem Schlagwort „innere Sicherheit“ im Wahlkampf punkten will, ist ein politischer Taschenspieler und Roßtäuscher wie er für den Politik-Betrieb der BRD typisch ist: Seine Partei ist für die Masseneinwanderung der letzten zwei Jahrzehnte hauptsächlich verantwortlich, er selbst sparte bei Polizei- und Richterstellen – Folge: Viele der Straftäter laufen noch Monate lang frei herum, ohne dem Richter vorgeführt zu werden, Abschiebungen finden nur selten statt.

Stichwort „Abschiebung“: Das sogenannte „BRD-Aufenthaltsrecht“ macht diese sehr schwierig, die EU-Bürokratie, die in erster Linie konzerngebundene Wirtschaftsinteressen erfüllt, wird jede Gesetzesänderung scheitern lassen, denn die Konzerne können das her-

anwachsende Einwandererproletariat als Lohndrucker gut gebrauchen – so ist ein rechtliches Umsteuern **unmöglich**. Dies bedeutet nichts weniger, als der Verlust der Volkssouveränität über eine der wichtigsten Fragen der Innenpolitik – der Zuwanderung. Beispiele: Der „Ehrenmörder“ Ayhan Sürücü (Berlin), der seine Schwester umgebracht hatte, weil diese „als deutsche Hure“ leben wollte, darf nicht abgeschoben werden, ebenso sicher ist der gewalttätige Islamist Reda Sayyam (Berlin). Der arbeitslose Fanatiker, der Deutschland gerne als „Dreck“ bezeichnet, lebt mit seiner vielköpfigen Familie von Sozialleistungen – Haß auf Deutsche auf Kosten des Steuerzahlers. Ein weiteres exemplarisches Beispiel für die gängige Praxis und das völlige Versagen des Staates: **Der seit dem 10. Lebensjahr kriminelle Serientäter Nidal R., genannt „Mahmoud“, kann nicht abgeschoben werden.**

<http://www.faz.net/s/Rub77CAECAE94D7431F9EACD163751D4CFD/Doc~E8C005F61B4294B3094A42254CF69D71C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

Ein weiteres unter Dutzenden von Beispielen (Quelle: Spiegel-Online, 27.01.2007):

„Medenis Vater, ein türkischer Mafiaboss der Frankfurter Unterwelt und Drogenhändler, saß erst fünf Jahre im Knast und wurde dann abgeschoben. Vor einem Monat ist er nach Frankfurt zurückgekehrt. Medeni selbst ist wegen Körperverletzung und versuchter Vergewaltigung vorbestraft. Außerdem hat er NPD-Plakate abmontiert. 'Härtere Strafen schrecken nicht ab', sagt er nüchtern. 'Wenn man Wut hat, hat man Wut'.“

Diese Passage aus dem Spiegel-Online-Artikel, ist eingebettet in schwülstige und groteske Rechtfertigungen und Mitleidsbekundungen, die die Täter freisprechen und ihre Opfer belasten sollen. So geht man in den Leitmedien auf Dummenfang. Tenor: schuldig an dieser Entwicklung sind „die Umstände“, der deutsche Staat, das deutsche Volk, die „Ausgrenzung“ – Der Leser soll dann für sich zum logischen Schluß gelangen: klar, daß man Wut bekommt (und diese an Deutschen ausläßt). So funktioniert linke Propaganda.

Interessant ist, daß nun weitere „ähnliche (Einzel-)Fälle“ inländerfeindlicher Gewalt im Jahreswechsel 2007/2008 bekannt werden, so wie dieser exemplarische Fall: **8 Ausländer attackieren zwei Deutsche Jugendliche in Braunschweig und schlagen sie krankhausreif.**

<http://www.paz-online.de/newsroom/regional/dezentral/regional/art3546,197044>

Als stellten diese und andere ein völlig neues Phänomen dar! Die Wirklichkeit sieht wahrscheinlich so aus: Aufgrund des massiven Auftretens anti-deutscher Gewalttaten, die z.B. in Teilen Berlins zu bürgerkriegsähnlichen Vorkommnissen und Tabu-Zonen für Deutsche geführt haben, müssen die Leitmedien teilweise ihre Schweigespirale und Schreibverbote mißachten (bislang galt das Motto: Der Vorfall, der kein Medienecho hat, existiert nicht – also war Verschweigen, bzw. durch Zusätze und Weglassen von Schlüsselinformationen, Manipulieren Tagesgeschäft) – nun wird auf einmal und für kurze Zeit berichtet. War es bislang so, daß die Provinzmedien von den Leitmedien abschrieben oder übernahmen, läuft dieser Trend nun einmal anders, nämlich von unten nach oben. Diese vielen Fälle finden, vermutlich auch durch den Druck der Bürger vor Ort, teilweise in die Lokalmedien und schließlich auch Niederschlag in den Leitmedien – allerdings flankiert durch entsprechende Kommentare, die eine mögliche gesellschaftspolitische Aussagekraft der Gewalttaten neutralisieren sollen.

Unter dem Begriff „Leitmedien“ ist das Großkartell der links-liberalen und neoliberalen überregionalen Medien zu verstehen, die entweder stark von der Wirtschaft abhängig oder den linken Milieus zugehörig sind („Alt-68er“), also insbesondere „Die Zeit“, „Die Süddeutsche“, die der SPD gehörende „Frankfurter Rundschau“, die neoliberale „FAZ“, die linksradikale „TAZ“ in Berlin, der linke „Spiegel“, der neoliberale „Focus“, der linke „Stern“ sowie die von den Parteien und anderen Interessengruppen abhängigen Sender

„ARD“ und „ZDF“, die über eine finanzielle Unterfütterung von 7 Milliarden Euro (= 7.000 000 000) Gebühren verfügen, und natürlich die Privatsender, die verlängerter Arm von diversen internationalen Medienkonzernen sind.

Wichtiges Flankenorgan dieser Leitmedien ist z.B. das „**NPD-Blog**“ <http://npd-blog.info>, das von dem Hamburger Linksradikalen und Abnehmer von Antifa-Quellen, Patrick Gensing (der – was ein Wunder – für die ARD-Tagesschau in Hamburg arbeitet) geführt wird und pro Tag 4000 Zugriffe verzeichnet.

Der sogenannte „Watchblog“, der angeblich die NPD und ihr Umfeld beobachtet, unterstützt oben genannte Medienarbeit zielgerichtet und nicht ohne Cleverness. Gensings Strategie sieht folgendermaßen aus:

- Behauptung der Deutungshoheit von Gewalttaten. So sind laut Gensing Gewalttaten, die Deutsche an Ausländern begehen grundsätzlich „politisch-rassistisch“ und erfordern politisches Handeln. Gewalttaten, die Ausländer an Deutschen begehen sind dagegen stets „normale Jugendkriminalität“, die mit der sozial schwierigen Lage der Ausländer entschuldigt werden und politisches Handeln erfordern (siehe oben), jedoch nicht mit „Repression“, sondern durch die Gewährung von Vorteilen durch den Staat („Integrationsbemühungen“). Die längst notwendige Bezeichnung solcher Gewalt als anti-deutsch oder inländerfeindlich und die Anerkennung der Opfer wird verneint und unterdrückt. Zitat von Gensing:

„Deutschfeindlicher Rassismus“? Der ist mir noch nicht untergekommen. In einem Land, in dem allein 2006 mehr als 1000 Menschen Opfer von rassistischer oder rechtsextremer Gewalt wurden, gerieren sich einige Deutsche jetzt als Rassismus-Opfer. Man faßt es einfach nicht. Opfer des 1. Weltkriegs, von Hitler verführt, Opfer des Bombenkriegs, Opfer von Vertreibung, Opfer der Flut, Opfer der Globalisierung (als Exportweltmeister...), Zahlmeister der EU und jetzt auch noch Opfer von Rassismus... Schon recht arg!“ – Demagogie und Haß auf das eigene Volk in Reinkultur.

Kleine Anmerkung: Wer ist denn der Gewinner der Globalisierung? Die Deutschen? Also die 8 Millionen, die auf Leistungen vom Staat angewiesen sind? (Darunter 4 Millionen Arbeitslose), die 2 Millionen, die sich in zwei Jobs aufreiben müssen, um ihre Existenz sichern zu können? Oder die 300.000 Wohnungslosen, die der Nachtwächter-Staat zurück gelassen hat? Oder die vielen Rentner, die von Mini-Renten leben müssen und nun Altglas sammeln, während Ausländer allein durch Kindergeld mehrere tausend Euro beziehen?

- Ausländerfeindliche Gewalt soll durch eine großzügige und kreative Erfassung in Zweckstatistiken zum Megaphänomen aufgebaut (siehe oben) und politisch instrumentalisiert werden. Eine wesentliche Technik hierbei ist die Erregung eines allgemeinen Schuldkomplexes, der natürlich an die „Vergangenheitsbewältigung“ anknüpft und Deutsche grundsätzlich als Täter festmacht.

- Etablierung der linksextremen Antifa, gewalttätigen und menschenverachtenden Banden, die auch vor Angriffen auf Kinder (von Eltern, die in Augen der Antifa „Nazis“ sind) nicht zurückschrecken. Dies durch das bewußte Aufgreifen von Antifa-Informationen und ihrer Darstellung als seriöse Quellen. Wie verheerend sich eine solche Medienstrategie auswirken kann, läßt sich aus der Verbindung NPD-Blog – ARD-Tagesschau erahnen. Man muß nicht lange nachdenken, um sich klar zu werden, daß übelste Antifa-Propaganda so ungefiltert in einer der meist konsumierten Nachrichtensendungen des Fernsehens fließt.

So arbeiten die „freien Medien“ in Deutschland. Sie sind weiterhin und bislang unangefochten Herren der „öffentlichen“ Meinung, weil sie die fast völlige Medienmacht und damit Deutungshoheit besitzen und ausnutzen. Die Leitmedien und ihre nützlichen Flanken-

organe werden warten, bis der Wahlkampf vorbei und wieder „Ruhe“ eingekehrt ist, dann wird das Thema beerdigt. Denn: Was nicht sein darf, kann nicht sein.

Mittlerweile haben jedoch einige rechtsgerichtete Zeitungen und Zeitschriften, die jedoch nur über einen Bruchteil von Kapital und Einfluß besitzen, das Thema aufgegriffen, so die Zeitung Junge Freiheit, die in ihrer **Ausgabe 3/08** <http://www.jungefreiheit.de/Aktuelle-JF.248.0.html> titelt: *Haß gegen Deutsche – das arglose Land*. In dieser stellt Doris Neujahr richtig und treffend formuliert fest:

„Es geht um ein neues Barbarentum, das in Deutschland an Boden gewinnt und es stärker erschüttern wird als Mauerbau und Wiedervereinigung. 'Du Scheißdeutscher!' Unter diesem Schlachtruf traten in München zwei junge Ausländer einen Rentner fast zu Tode (...) Es ist bezeichnend, daß die Untat bzw. ihre rasche Aufklärung keinen Abschreckungs-, sondern einen Vorbild- und Signalcharakter bekommen hat. Fast täglich wiederholen sich Meldungen von Überfällen ausländischer Jugendlicher auf Deutsche, die übrigens stets in der Unterzahl oder aufgrund ihres Alters oder Konstitution erkennbar schwächer sind. Die Kräfteverhältnisse im öffentlichen Raum haben sich bereits verschoben! (...) Kriminelle [ausländische] Jugendliche schilderten, wie sie von Kindesbeinen von ihren Müttern bereits zum Stehlen angehalten wurden und zum Beispiel erst nach Hause zurückkehren durften, wenn eine bestimmte Mindestbeutesumme erreicht war. Es werde bei diesen Familien als völlig normale Gegebenheit vorausgesetzt, daß ihre Männer früher oder später Haftstrafen zu verbüßen haben, dies sei Teil des ‚Geschäftskonzeptes‘. Jugendliche aus solchen Familien dazu anzuhalten zu lernen und zu arbeiten, käme dem Versuch gleich, Wasser mit einem Sieb aufzufangen. Sie erlebten schließlich, daß ihre Väter, die älteren Cousins, Onkel etc. ebenfalls kaum lesen und schreiben können und trotzdem protzige Autos führen. (...) Politiker, die trotzdem noch meinen, das müßten wir aushalten, propagieren den Krieg gegen das eigene Volk! (...) Das ‚Bleiberecht‘ von Schwermkriminellen steht mittlerweile höher als das Interesse der angestammten Bevölkerung und des Staates.“

Die Zeitschrift Nation&Europa widmet sich in ihrer **Ausgabe (Januar 2008)**.

http://www.nationeuropa.de/index.php3?NE_Sess=880314a803f4a26cbb5e0dd99a0a56cb

Einem aktuellen Fall. Unter dem Titel **Warum es Strelln nicht in die Schlagzeilen schafft: Inländerfeindlichkeit – tabu** ist zu lesen:

„Die Ortschaft Strelln im sächsischen Kreis Torgau hat es nicht in die Schlagzeilen geschafft. Auch dort kam es kürzlich zu einem Gewaltausbruch. Das Opfer ist allerdings "nur" Deutscher, und daß es sich bei den Tätern um Ausländer handelte, paßt ebenfalls nicht ins mediengängige Bild. Der Hergang: Am Rand eines Kreisligaspiels gerieten ein Spieler des SV Strelln/Schöna und ein Zuschauer mit ‚Migrationshintergrund‘ verbal aneinander. Nach dem Spiel wurde der Strellner Kicker offenbar von seinem Kontrahenten und mehreren weiteren Ausländern vor dem Sportlerheim wiedererkannt und sofort heftig attackiert. Erst als andere Sportler dazwischengingen, ließen die Schläger von ihrem bewußtlos am Boden liegenden Opfer ab. Der Strellner Spieler mußte mit schwersten Kopf- und Rückenverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Kein bundesweiter Aufschrei des Entsetzens folgte, kein Politiker empörte sich, und die Medienberichterstattung beschränkte sich auf die Lokalpresse.“

Wer glaubt, eine der im Bundestag vertretenen Parteien wollte oder könnte den Folgen der Masseneinwanderung Abhilfe schaffen, der sitzt einem gewaltigen Irrtum auf!

Die SPD: Die Sozialdemokratie der BRD denkt nicht national, sondern internationalistisch. Es ist altbewährte Tradition der Sozialdemokratie sich in erster Linie um andere Gruppen zu kümmern, dies um so aufopferungsvoller: Die Ausländer, die Bauern in Mittelamerika, die Flüchtlinge aus Afrika, die Asylbewerber, die Verfolgten der ganzen Welt.

Unter der Verantwortlichkeit der SPD als Regierungspartei kam es zur ununterbrochenen Masseneinwanderung während der 80er und 90er-Jahre, zunächst durch die zähe Verteidigung des Asylgesetzes, das tausendfach durch Wirtschaftsflüchtlinge mißbraucht wurde, dann durch eine nachlässige Einwanderungspolitik. Alle Energie verwandte sie darauf, Ausländer und andere Gruppen glücklich zu machen, dies durch Sonderregelungen, Sozialleistungen, Vorteile und die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas, das die BRD als „Einwanderungsland“ annahm. Die SPD redete und redet dabei gerne von „den Menschen“, „der Bevölkerung“ und „der Gesellschaft“ – das deutsche Volk hat längst seinen Platz in ihrem Denken verloren. Letztlich geht es ihr wie allen Parteien in erster Linie um Macht. Wie das Volk aussieht, das die „Volkspartei“ SPD wählt, ist ihr völlig gleichgültig. Mehr noch: Sie hat die Zeichen der Zeit erkannt und kommt dem stetigen Anwachsen der Ausländermilieus mit türkischsprachigen Plakaten, wie jüngst im Wahlkampf in Hessen, entgegen.

Der große französische Aufklärer Jean Jacques Rousseau (1712-1778), der von vielen Linken gerne als geistiger Vater genannt wird, kämpfte stets für die Volkssouveränität, daß heißt für das Recht eines Volkes seine Geschicke selbst zu bestimmen. Er nahm jedoch dabei als selbstverständliche Vorbedingung an, daß das französische Volk als naturgebundene und kulturell definierbare Ethnie erhalten bleibt. Aus Rousseaus Werken spricht gerade deshalb eine Hochachtung gegenüber dem einfachen Volk, seiner Art zu leben, seinen Traditionen, Gebräuchen und seiner Sprache. Schon damals sah er die Liebe zum eigenen Volk als wichtige Bürgerpflicht an, bitter bemerkte er über abgehobene und volksferne Zeitgenossen: „Manch einer liebt die Tartaren, damit er seinen Nächsten nicht lieben muß.“ (Emile, 1762).

Die CDU/CSU: Die „Volkspartei“, die nur rund 6% Arbeiter als Mitglieder hat, ist weder konservativ noch national eingestellt, sondern in erster Linie eine Interessenvertretung der Wirtschaft. Bei keiner anderen Partei ist die Verzahnung von Funktionären mit diversen Unternehmen so eng wie in der CDU. Durch Vergünstigungen, Beraterjobs, Sitzen in Aufsichtsräten und Versorgungsmöglichkeiten nach Ende der politischen Laufbahn nimmt die Wirtschaft erheblichen Einfluß auf die politische Richtung der Christdemokraten. Unter der Regierung Kohl (1982-1998) kamen die meisten Ausländer ins Land, dies auch weil die Wirtschaft billige Arbeitskräfte benötigte und den Arbeitsmarkt unter Nützlichkeitswägungen verändern wollte. Im Dezember 2007 wurde im Bayrischen Rundfunk (BR) eine nette Plauderrunde übertragen, in der sich ein Sportmoderator am Stammtisch mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber unterhielt. Dieser äußerte unüberlegt, weil gnadenlos ehrlich, im Rückblick auf die Politik der CDU/CSU: *„Wir haben die Wirtschaft dann gefragt: Wollt ihr mehr Ausländer? Also mehr Zuzug von Italienern, Spaniern und Griechen? Da sagten die ‚Nein‘, wir wollen den Zuzug von Türken, die sind billiger!“*. Diese interessante Äußerung zeigt nicht nur das menschenverachtende Verständnis vom Menschen als reiner Arbeitskraft und „Humankapitel“ unter völliger Verleugnung seiner kulturellen Identität, sie zeigt auch, welche Rolle die Wirtschaft bei der Einwanderung gespielt hat und weiter spielt. Diese nutzt die Einwanderung brachial zur Schaffung eines unendlichen Reservoirs an Billiglöhnern. Der Gewinn dieser Geschäftspraxis fließt den oberen 10.000 der Besitzenden zu und wird damit privatisiert, die Folgen der Einwanderung, nämlich Gewalt, Entwurzelung, Chaos wird von der Gemeinschaft getragen, also gewissermaßen sozialisiert.

FDP (Eigenwerbung: „Die Partei der Besserverdiener“): siehe CDU, jedoch noch engere Verflechtung mit der Wirtschaft.

Grüne: Die Grünen sind die Speerspitze der anti-deutschen Parteienpolitik. Schon früh prägten sie den Begriff von der anzustrebenden „multikulturellen Gesellschaft“. Ihr Ziel ist die Auflösung des deutschen Volkes in dieser. Grüne flankieren das Wachsen der Einwanderermilieus politisch und betätigen sich als Anwälte dieser. Grotesker Höhepunkt ist ein vielsagendes Video, indem die Grünen-Funktionärin Claudia Roth, die eine großräumige Villa an der türkischen Küste bewohnt, angetrunken ihre Liebe zur Türkei gesteht:

<http://www.youtube.com/watch?v=Dm7F2ZVPzLo>

Unterdessen setzt sich ein Funktionär der Grünen für den Nachzug von türkischen Ehegatten ein, indem er die Forderung von Sprachkenntnissen, die das Zuwanderungsgesetz vorschreibt, juristisch bekämpft:

<http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.154+M58e08b62752.0.html>

BRD-Politik-Zirkus in Reinkultur: Der Politiker trägt als Funktionär einer ehemaligen Regierungspartei für ein wichtiges Gesetz Verantwortung, das er jedoch als Jurist bekämpft und zu Fall bringen will!

Stoßen sich aber linke Ideologie und Wirtschaftshörigkeit in Form von neoliberaler Marktradikalität nicht miteinander? Nein! Zunächst einmal sind viele Linke schon vor 10-20 Jahren in den besseren Kreisen der BRD angekommen und haben sich hier etabliert, durch "Unternehmertum", durch nutzbringenden Lobbyismus. Sie nutzten dabei geschickt ihre während der aktiven politischen Phase erworbenen Kontakte und machten sie im wahrsten Sinne des Wortes zu Geld. Die Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN und die FDP verfügen über die höchsten Durchschnittseinkommen in der Republik. Zudem sind moderne linke Ideologie und Neoliberalismus zwei Seiten einer materialistischen Medaille, stets steht das Pekuniäre, stets steht das Kapital im Vordergrund. Im Mittelpunkt des Denkens steht bei beiden Seiten: Der Markt. Beide Seiten verfügen über keine höhere Idee, die über die materialistische Existenz des Menschen hinausweist.

Wenn es zum eigenen Vorteil gereicht, können die linken Materialisten schnell die Seite wechseln, so sind viele Linke in gut dotierte Positionen der Wirtschaft aufgestiegen und betätigen sich nebenberuflich in Firmengeflechten. Durch ihre Politik der Einwanderungsförderung und der offenen Grenzen ist eine Gesellschaft im Entstehen, die ideal für die Gewinnmaximierung ist. Entwurzelte Proletarier aus aller Herren Länder, deren kulturelle Identität einer westlich-industriellen Konsum-Lebensphilosophie gewichen ist, setzen die angestammte Bevölkerung unter Druck. Kulturelle Strukturen, die einen völligen Zugriff auf den Menschen bislang verhinderten, fallen oder werden niedergewalzt. Ziel: Der totale Markt, der totale Konsument. Deshalb lautet das moderne linke wie auch das neoliberale Credo: Arbeitet so viel wie möglich, damit ihr so viel wie möglich konsumieren könnt, denkt nicht nach, und vertragt euch.

Geht diese Entwicklung ungebremst so weiter, könnten die Deutschen zu Geiseln im eigenen Land werden und sind in Zukunft Diskriminierungen ausgesetzt. Die Einwanderermilieus werden über kurz oder lang eine eigene politische Interessenvertretung jenseits der oben genannten Parteien aufbauen und diese dann mit den parlamentarischen Waffen schlagen. Dann werden die Moralvorstellungen der Einwanderermilieus, eine Mischung aus Deutschfeindlichkeit, "Was-guckst-du-Respekt", primitiven islamischen Versatzstücken, Bildungsfeindlichkeit und nacktem Materialismus per Gesetzeskraft in Deutschland etabliert, ein Albtraum könnte wahr werden: Einwanderermilieus, die überwiegend von Sozialleistungen abhängig sind, jedoch durch das allgemeine Wahlrecht und die demographische Entwicklung politische Macht besitzen, bestimmen die Richtung einer ehemaligen Kulturnation. Sollte, was nicht ausbleiben wird, die Beamtschaft und die Polizei durch die Einwanderermilieus unterwandert werden, wird sich für unser Land die Existenzfrage stellen. Ein Bürgerkrieg ist denkbar, wenn die Gewalttaten beider Seiten entsprechende Racheakte nach sich ziehen.

Januar 2008